



Pressemitteilung **Situation im Öko-Weinbau – ‚Falscher Mehltau‘ bereitet Winzern** **Existenzsorgen**

Berlin, 30.06.2016

Bezug:

Anlagen:

Kordula Kovac, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 4.560

Telefon: +49 30 227-73 836

Fax: +49 30 227-76 836

kordula.kovac@bundestag.de

Büro Wolfach:

Schloßstraße 24 (Eingang über
Kirchstraße)

77709 Wolfach

Telefon: +49 7834-86 88 666

Fax: +49 7834-86 88 664

kordula.kovac@bundestag.de

1 Bund und Länder im Austausch zur Problemlösung

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

Die schwierigen Witterungsbedingungen in den letzten Wochen haben in allen deutschen Weinbaugebieten, insbesondere in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern zu einem hohen Befall durch Peronospora (Falscher Mehltau) geführt. Besonders betroffen sind hiervon die Bio-Winzer, da diesen aufgrund der EU-rechtlichen Vorgaben nur eingeschränkte Pflanzenschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Gesamtproblematik fanden bereits mehrere Gespräche sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene statt. Auch Kordula Kovac, weinbaupolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war in diese Gespräche involviert. Zur kurzfristigen Lösung müsse, so die Abgeordnete, die erlaubte Kupferaufwandmenge von 3kg/ha und Jahr auf 6kg/ha und Jahr erhöht werden. „Die Notfallzulassung muss beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) durch die Länder beantragt werden. Der Antrag hierzu liegt dem BLV mittlerweile vor. Europarechtlich seien 6kg/ha und Jahr zugelassen, daher hoffe sie auf eine schnelle Entscheidung des BLV, so Kovac.

Gegenüber der Verwendung und der Zulassung von Kaliumphosphonat im Öko-Weinbau äußerte sich die Bundestagsabgeordnete skeptisch. „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei der Verwendung von Kaliumphosphonat auf Teilgebieten der Rebanbaufläche eine Rückforderung der Öko-Prämien durch die europäische Kommission erfolgt, da die Förderkriterien nicht eingehalten wurden.“ Den Vorstoß vom baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Peter Hauck, gemeinsam mit den Öko- und Weinbauverbänden in Brüssel mittelfristig die Zulassung von Kaliumphosphonat zu erwirken, hält Kovac zwar für legitim, aber auch für unwahrscheinlich. „Ich persönlich gehe ehrlich gesagt nicht davon aus, dass die europäische Kommission das Mittel wieder als Pflanzenschutzmaßnahme in die EU-Öko-Verordnung aufnimmt.“